Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Plinganserstraße Nr. 64.

INHALT:

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

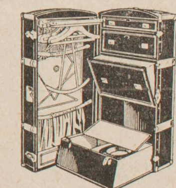
Nr. 30 | **München, 25. Juli 1930** | **17. Jahrgang**





MAX WITTKOP
Spezialgeschäft feiner Fleischwaren
München | Rathaus | Weinstrasse
Zweiggeschäft: Bogenhausen, Ismaninger Str. 78
Alles für Küche und Keller
Die bekannten Zimmermann-Spezialitäten
Hervorragende Qualität
Billigste Berechnung
Individuelle Bedienung!





B. MARSTALLER
kgl. Hofsattler / München
Erzeugnisse unserer Großwerkstätten:
Schiffskoffer / Schrankkoffer
Autokoffer (D. R. Patent)
Menage- u. Toilettekoffer
FEINE LEDERWAREN
Fernruf Nr. 90939
Verkaufsräume Damenstiftstraße 16

Fremden-Pension Carola • Bad Reichenhall
Schöne Lage am Kurpark nächst den Bädern und Gradierhaus / Fließendes Wasser / Wiener Küche / Telephon 424

JOS. WANINGER, MÜNCHEN
Fernsprecher 21432 * Residenzstraße 21/I
Der elegante Schuh nach Maß

Kaufingerstr. 9 **PASSAGE SCHÜSSEL** MÜNCHEN
Küchen- und Wirtschafts-Einrichtungen
Luxus- und Gebrauchs-Porzellan, Kristallglas | Kunstgewerbe | Lederwaren

1930 Wochenkalender 5690

	Juli	Aw	Bemerkungen
Sonntag	27	2	
Montag	28	3	
Dienstag	29	4	
Mittwoch	30	5	
Donnerst.	31	6	
Freitag	Aug. 1	7	
Samstag	2	8	שבת חזון דברים הפטרה חזון ישעיהו (Jes. 1. 1—27) (P. R. 'פרק ג)

Das Jüdische Echo

Nummer 30 25. Juli 17. Jahrgang

Die Lage der rumänischen Juden

Mit Recht horcht die jüdische Öffentlichkeit in der ganzen Welt gespannt auf die Trauernachrichten aus Rumänien. Dieses Land, seit jeher eine Brutstätte des Judenhasses und Kampfplatz der ihre eigene Herrschaft sichernden Feudalen gegen die Juden, hallt jetzt wider vom Geschrei randalierender, plündernder und mordender antisemitischer Banden, die von Halbintellektuellen aufgeputscht wurden. Jedoch besteht zwischen den antisemitischen Ausschreitungen in den letzten Monaten in Rumänien und den Exzessen gegen die Juden, wie sie in früheren Jahren vorgekommen sind, ein großer Unterschied. Damals waren es dünne herrschende Schichten, die immer wieder mit Erfolg versuchten, die Empörung der Bauern von sich auf die Juden abzulenken. Zwischen dem rumänischen Volk und den Juden aber gab es keine prinzipiellen Gegensätze, die zu einer Explosion hätten führen müssen. Das Land war primitiv, die Wirtschaft wenig entwickelt, ein Mittelstand, aus christlichen Rumänen bestehend, war nicht vorhanden, eine Genossenschaftsbewegung existierte nicht einmal in der Theorie — die wirtschaftliche Rolle der Juden als hauptsächliche Vertreter des Handwerker- und Handelsstandes war unerläßlich für die Gesamtwirtschaft. Die politische Entrechtung — die Juden galten auch vor dem Gesetze als Fremde — war zwar sehr unangenehm, wirtschaftlich jedoch konnten die Juden in Rumänien existieren.

Heute sind die Verhältnisse in Rumänien durchaus anders. Zunächst ist festzustellen, daß die Juden bis auf eine geringe Ausnahme, die nicht ihre Zugehörigkeit zu einer rumänischen Heimatsgemeinde nachzuweisen vermag, naturalisiert sind und wenigstens theoretisch die gleichen politischen Rechte genießen wie die anderen Teile der Bevölkerung. In den gesetzgebenden Körperschaften, Kammer und Senat, sitzen jüdische Vertreter. Der schier allmächtige Großgrundbesitz ist, wie in keinem anderen Lande Osteuropas (abgesehen von Sowjetrußland), durch eine weitgehende Bodenreform seiner einstigen Machtstellung entkleidet. Das rumänische Volk entwickelt in zunehmendem Maße einen Bürgerstand und die Regierung, seit zwei Jahren eine demokratisch-bäuerliche, hat sich redliche Mühe gegeben, demokratische Grundsätze im Lande zu verwirklichen. Man sollte nun meinen, daß parallel mit diesem unleugbaren Fortschritt des rumänischen Staates und mit seiner Modernisierung und Entbalkanisierung die Voraussetzungen für eine Sicherung der jüdischen Position gegeben sein müßten. In Wirklichkeit ist wohl der politische Status der Juden besser geworden, die Grundlagen der wirtschaftlichen Existenz der Juden aber haben sich außerordentlich verschlimmert. Es stellte sich nämlich heraus, was übrigens für die Judenheiten in der ganzen Welt zutrifft, daß die Judenfrage nicht nur eine politische und kulturelle, sondern daß sie vor allem eine spezifisch wirtschaftliche ist, und zwar nicht nur wirtschaftlich im Sinne der Staats- oder Weltwirtschaft, sondern jüdisch-wirtschaftlich. Da die Juden in Rumänien genau so wie in allen Ländern der Welt hauptsächlich dem Mittelstande angehören und die Tendenz in der ganzen Welt zu einer Einengung der wirtschaftlichen Basis des Mittelstandes führt, so sind sie in Rumänien von der Entwicklung im Lande stärker betroffen als andere Schichten der Bevölkerung. Überdies sind sie Gegenstand schärfster Konkurrenz seitens des nichtjüdischen Mittelstandes, der sich rapid entwickelt. Sie haben also doppelt zu leiden: als Mittelständler und als jüdische Mittelständler.

Außerdem kommt in Rumänien noch ein Faktor hinzu. Rumänien ist ein Agrarland, und die Regierung muß selbstverständlich in erster Linie auf die Bauernschaft Rücksicht nehmen. Ähnlich wie in Polen ist in Rumänien der allgemeine Regierungskurs in der Steuergesetzgebung und in der wirtschaftlichen Förderung gegen die Stadt gerichtet. In Rumänien bedeutet jedoch Stadt, wie in Polen und in Litauen, nichts anderes als Juden. Also ist die Regierungspolitik, mag sie auch hundertmal erklären, daß sie nicht antijüdisch ist und nicht antijüdisch sein will, in ihren Auswirkungen scharf gegen die Juden gerichtet. Das zeigte sich in Rumänien in den letzten zwei Jahren besonders kraß. Die Regierung förderte sehr stark das bäuerliche Genossenschaftswesen durch Schaffung von bäuerlichen Zentralbanken, die die Aufgaben haben, die landwirtschaftlichen Verkaufs- und Einkaufsgenossenschaften finanziell zu unterstützen. Dadurch wurden automatisch die vielen tausenden jüdischen Händler und Krämer, die einerseits als Aufkäufer landwirtschaftlicher Produkte, anderseits als Verkäufer landwirtschaftlicher Bedarfsartikel ihre Existenz fanden, brotlos. Hinzu kam der furchtbare Preissturz auf dem Weltmarkte für alle Arten von Getreide. Hinsichtlich der Waren fand eine ähnliche Preisreduktion nicht statt. Der rumänische Bauer erzielte infolge der gesunkenen Getreidepreise für seine Ernte nur den dritten Teil dessen, was er sonst für sie bekam. Außerdem bedeutete die Bevorschussung seiner Ernte durch die Genossenschaften für ihn einen Anreiz, mit dem Verkaufe seiner Produkte zu warten. Dadurch wurden diese noch mehr entwertet und ihr Ertrag reicht kaum hin, um den Vorschuß der Genossenschaften samt den angelaufenen Zinsen zu bezahlen. Der Bauer ist in einer argen Notlage. Wenn er nun in die Stadt kommt und eine notwendige Ware kaufen will, muß er für sie einen Betrag bezahlen, der der dreifachen Getreidemenge entspricht, die er vor zwei Jahren verkaufen mußte, um sich in den Besitz dieser Ware zu setzen. Warenbesitzer sind die Juden. Und die ganze Empörung, die der Bauer gegen Obrigkeit und wirtschaftliche Lage empfindet, wendet sich gegen den verhaßten jüdischen Krämer, dem der Bauer, der die Zusammenhänge nicht zu unterscheiden vermag, den Vorwurf macht, daß er die Bevölkerung auswuchere.

Der nichtjüdische Mittelständler ist natürlich in gleicher Weise von der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse betroffen wie alle anderen Teile der Bevölkerung. Auch er übersieht die Zusammen-

hänge nicht und gibt dem jüdischen Konkurrenten die Schuld an der Misere. Aus den Kreisen des nichtjüdischen Mittelstandes kommen nun die antisemitischen Agitatoren, die sich auf die Dörfer ergießen, die Bauern aufhetzen und dann in die Stadt ziehen, um an den Juden Rache zu nehmen. Die Regierung hatte zunächst diese antisemitischen Hetzapostel gewähren lassen. Im tiefsten Grunde fühlt sie aber, daß der Haß der Bauern nicht bei den Juden Halt machen werde und sie ahnt, daß sich die Bewegung dann gegen sie selbst kehren könnte. Aus diesem Grunde hat sie, weil sie überdies noch ausländische Anleihen nötig hat, in den letzten Tagen energische Schritte unternommen, um den antisemitischen Ausschreitungen im Lande einen Damm entgegenzustellen. Es ist kein Zweifel, daß ihr das gelingen kann, wenn sie tatsächlich ihre Machtmittel in Anwendung zu bringen gewillt ist. Es ist eine alte Erfahrung, daß Pogrome nur mit Duldung und niemals gegen den ernsten Willen der Behörden vorkommen können.

Aber gesetzt den Fall, daß es tatsächlich der rumänischen Regierung gelingen wird, durch Machtmittel die Bauernschaft im Zaume zu halten. Prinzipiell ist damit die Lage der Juden in Rumänien keineswegs saniert. Sicherlich ist es tröstlich zu wissen, daß in Rumänien jüdisches Leben und jüdische Habe nicht mehr vogelfrei sind. Aber die wirtschaftliche Entwicklung Rumäniens kann durch Polizei- und Militäraufgebot nicht geändert werden. Die wirtschaftliche Lage der Juden in jenem Lande ist ebenso trost- und aussichtslos wie in Polen und in anderen Ländern des Ostens. Und nicht nur des Ostens, sondern auch Deutschlands und Österreichs. Man mag die Dinge drehen und wenden wie man will, man kommt immer wieder zur Bestätigung dessen, daß die Situation der Juden nicht mit kleinen Mitteln geändert werden kann, sondern nur durch eine großzügige Umbildung der gesamten jüdischen Volksstruktur. ma. rei.

Neue Konferenz im rumänischen Innenministerium

Bukarest, 17. Juli. (JTA.) Unter dem Vorsitz des rumänischen Innenministers Vaida-Voevod fand im Gebäude des Innenministeriums eine Konferenz statt, an der Kultusminister Costachescu, Unterstaatssekretär Anghelescu, Professor Andrej, der Sekretär im Justizministerium Paleologu und zahlreiche Abgeordnete aus der Bukowina teilnahmen. In dieser Konferenz wurden die Ursachen der Bauernunzufriedenheit in der Bukowina eingehend besprochen, die zu der Verhetzung und den Ausschreitungen der letzten Wochen geführt haben. Es wurde beschlossen, unverzüglich energische Maßnahmen zu ergreifen, um die hetzerische Agitation zu unterbinden und die Umstände, die Anlaß zu den Ausschreitungen waren, zu beseitigen. Der Inspektor des Justizministeriums Ferner und der ehemalige Finanzminister, Staatssekretär Joanitzescu, haben sich bereits nach der Bukowina begeben.

Die Ordnungsmaßnahmen in der Bukowina

Bukarest, 17. Juli. (JTA.) In Suczawa sind zur Durchführung der Ordnungsmaßnahmen neben dem Generalsekretär des Innenministeriums Kedere noch der Gendarmerie-Inspektor Dimitrescu, der Oberstaatsanwalt Alexander Theodor und der Kommandant der achten Militärdivision eingetroffen.

Verhaftung und Wiederfreilassung der Antisemitenführer Danila und Totu

Bukarest, 17. Juli. (JTA.) Wie die JTA. erfährt, sind die berüchtigten Antisemitenführer Danila und Totu in Bukarest verhaftet worden. Sie befanden sich auf einer Propagandareise durch die Bukowina, und ihrer Hetzpropaganda wird die Hauptschuld an den antijüdischen Ausschreitungen zugesprochen. Nach den Ereignissen von Suczawa wurde ihnen die weitere Propagandatätigkeit verboten und aufgetragen, sich nach Bukarest zu begeben. Dort erwartete sie ein Haftbefehl, der aber erst einen Tag nach ihrer Ankunft ausgeführt werden konnte, weil sie sich, durch den ihrer Legion angehörenden Kabinettchef im Innenministerium Tarlojanu, rechtzeitig von der geplanten Verhaftung verständigt, verborgen hielten. Manche Zeitungen berichten sogar, daß Tarlojanu selbst sie in seiner Wohnung vor der Polizei versteckt hielt.

Bukarest, 17. Juli. (JTA.) Bukarester Pressemeldungen zufolge wurde der Kabinettschef des Ministeriums des Innern, Tarlojanu, mit sofortiger Wirksamkeit seines Amtes enthoben, da er nach den Ausschreitungen von Suczawa die antisemitischen Studentenführer Totu und Danila in seiner Wohnung verborgen gehalten habe.

Czernowitz, 16. Juli. (JTA.) Dem „Czernowitzer Morgenblatt" wird aus Bukarest gemeldet:

„Die Cuzistenführer Totu und Danila, die in Bukarest verhaftet sein sollten, befinden sich, wie offiziell mitgeteilt wird, auf freiem Fuße. Sie werden aber zur Verfügung der Sigurantza gehalten, bis der Generalsekretär des Innenministeriums, Victor Kedere, aus der Bukowina nach Bukarest zurückkehrt."

Keine weiteren Ruhestörungen in Rumänien

Bukarest, 18. Juli. (JTA.) Das Innenministerium meldet, daß im ganzen Lande Ruhe herrscht. Weder in der Bukowina noch im Bezirk von Marmarosch sind Zwischenfälle oder Hetzaktionen zu verzeichnen gewesen. Der unter Führung von Corneli Cadreanu beabsichtigte Agitationsmarsch nach Bessabarien ist verboten worden. Die bisherigen Untersuchungen über den Ausbruch der Unruhen haben ergeben, daß die antisemitischen Agitatoren bei den Bauern einen günstigen Boden für ihre Propaganda fanden, weil die ökonomische Lage der Bauern außerordentlich schlecht und die Erregung wegen brutalen Vorgehens der Steuervollzugsbeamten groß ist. Auch wurde festgestellt, daß Lehrer und Geistliche Führer der antisemitischen Bewegung waren.

Ministerpräsident Maniu unterbricht seinen Urlaub

Bukarest, 20. Juli. (JTA.) Ministerpräsident Maniu erschien unerwartet in Bukarest und berief einen Ministerrat ein, der sich, wie verlautet, mit der antisemitischen Bewegung befaßte. Innenminister Vaida berief telegraphisch sämtliche Abgeordneten und Senatoren aus der Bukowina zu sich, um mit ihnen die Möglichkeiten einer Besänftigung der aufgebrachten Leidenschaften zu besprechen.

Eine jüdische Delegation beim rumänischen Innenminister

Bukarest, 20. Juli. (JTA.) Der rumänische Innenminister Vaida-Voevod empfing eine jüdische Delegation, bestehend aus Senator Dr. Meyer-Ebner, den Mitgliedern der rumänischen Deputiertenkammer, Joseph Fischer und Dr. J. Landau, sowie Dr. Marton-Cluj (Klausenburg). In vierstündiger Unterhaltung informierten die Mitglieder der Delegation den Innenminister über die Lage in der Bukowina und in Bessarabien, an Hand von Feststellungen, die sie persönlich machen konnten. Die Delegation forderte: Auflösung der antisemitischen Organisationen, Anwendung des Aufruhrparagraphen gegen alle Hetzer und strenge Maßnahmen gegen einige Vertreter der Behörden, die den antisemitischen Agitatoren Unterstützung angedeihen ließen, außerdem wurde die Veröffentlichung eines Regierungskommuniqués verlangt, in dem die Haltung der Regierung zu den Unruhen genau präzisiert wird, sowie die Herausgabe eines Zirkularschreibens an alle dem Innenministerium untergeordneten Behörden mit der Anordnung, gegen die cuzistische Agitation mit aller Strenge vorzugehen.

Wie in einer vom jüdischen Parlamentsklub veranstalteten Pressekonferenz von Dep. Landau mitgeteilt wurde, versprach der Innenminister Bestrafung der Schuldigen, erklärte jedoch, den anderen Forderungen der Delegation nicht nachkommen zu können. Er verwies die Delegation an den Justizminister.

Der jüdische Parlamentsklub hat weiter um Audienzen bei König Carol, beim Ministerpräsidenten Juliu Maniu und beim Justizminister Junian nachgesucht.

Die Klagemauerkommission hat Palästina verlassen

Jerusalem, 21. Juli. (JTA.) Die Klagemauerkommission hat am Sonnabend, dem 19. Juli, spät abends Jerusalem verlassen. Vertreter der Regierung sowie Vertreter der Juden und Araber hatten sich zur Abreise der Kommission eingefunden.

Beim Abschluß der Verhandlungen der Klagemauerkommission gab der Vorsitzende, Loefgren, in seiner Schlußrede die Anregung, daß der Kommission bis zum 1. September Vorschläge gemacht werden, die geeignet sind, eine arabisch-jüdische Verständigung in der Klagemauerfrage herbeizuführen.

Wie der JTA aus Jerusalem telegraphiert wird, wird Sir John Hope Simpson Palästina am 27. Juli verlassen.

Die letzten Verhandlungstage

Jerusalem, 18. Juli. (JTA.) In der Sitzung der Klagemauerkommission am 14. Juli wurden von jüdischer Seite neue wichtige Dokumente vorgelegt, die bei der Durchforschung türkischer Archive in Konstantinopel von einem Beauftragten der Jewish Agency, Lebanon, entdeckt wurden. Es handelt sich um Firmane (kaiserliche Verordnungen) der Sultane Abdul Medschid und Abdul Hamid aus den Jahren 1841, 1889 und 1893, durch die den Juden gewisse Rechte zuerkannt wurden.

Die Kommission vernahm weiter zwei christliche Patres als Zeugen des Anwalts der arabischen Sache. Der eine, Pere Dressair vom Orden der Assumptionisten, bezeugte, er habe die Klagemauer häufig besucht, habe aber nie Geräte gesehen. Pater Haidette vom Franziskanerorden, der seit 1880 in Jerusalem ansässig ist, machte eine ähnliche Aussage, bestätigte aber, Lampen gesehen zu haben; er sagte auch, er habe die Bezeichnung el Burak für die Klagemauer nie gehört. Der Sitzung wohnte eine Delegation von acht transjordanischen Notabeln bei, darunter der Präsident des transjordanischen Gesetzgebenden Rates.

Fünf am 15. Juli vom arabischen Anwalt als Zeugen geführte christliche Geistliche sagten übereinstimmend aus, daß sie als häufige Besucher der Klagemauer keine von den Gegenständen gesehen haben, von denen die Juden behaupten, daß ihre Verwendung an der Mauer üblich ist. Nach ihnen wurde Scheich Ismael Abdul, der oberste Richter des Moslemischen Gerichtshofes in Jerusalem (Sharai), über die Unverletzlichkeit des für Wohltätigkeitszwecke gestifteten Wakf-Eigentums vernommen. Die Aussage des Scheichs gipfelte in einer Verherrlichung der Heiligkeit der Aksa-Moschee und der sie umgebenden Mauern. Nach Anhörung der Aussage des Scheichs beschäftigte sich die Klagemauerkommission den ganzen Tag über mit einer ins einzelne gehenden Analyse des moslemischen Kirchenrechtes, insofern es Regelungen über das Wakf-Eigentum enthält.

Nachher wurde Jemal Husseini, der Sekretär der arabischen Delegation in London, vernommen. Jemal Husseini sagte als Zeuge, daß er an der Klagemauer Gegenstände von der Art, wie die Juden sie dort benutzt zu haben behaupten, nicht gesehen habe und daß ihm nicht bekannt sei, daß die Juden vor dem Jahre 1919 an der Klagemauer gebetet haben. Der Vorsitzende der Kommission, Loefgren, unterbrach den Zeugen und sagte: Die Shawkommission war sorgfältig darauf bedacht, alles was mit den Rechten und Ansprüchen an der Klagemauer zusammenhängt, von ihren Verhandlungen auszuschließen. Unsere Pflicht ist es, unter Ausschluß aller politischen Fragen allein diese Rechte zu untersuchen. Es ist bedauerlich, daß die Arabische Exekutive sich der gesetzlichen Verordnung der Palästinaregierung, in der der jüdische Gottesdienst an der Klagemauer provisorisch geregelt wurde, widersetzt hat. Die Kommission aber kann sich davon nicht beeinflussen lassen. Sie hat die Klagemauerfrage als eine Rechtsfrage zur Beurteilung übernommen und wird sich durch Drohungen nicht beeinflussen lassen. Der Vorsitzende Loefgren sprach dann die Hoffnung aus, daß die beteiligten Parteien zu einer gegenseitigen Verständigung gelangen werden und daß die Entscheidung der Kommission ohne Furcht oder Haß befolgt werden wird, mit der gegenseitigen Achtung, die den beiden großen Teilen der Bevölkerung des Landes zukommt.

Am 16. Juli wurde der Distriktsgouverneur von Jerusalem, Keith Roach, als erster Zeuge aus Regierungskreisen vernommen. Keith Roach war es bekanntlich, der am Jom Kippur 1928 die Beseitigung der Scheidewand und der Bänke anordnete. Er sagte, das Wachstum der jüdischen Bevölkerung seit der britischen Okkupation Palästinas sei die eigentliche Ursache des Klagemauerstreites. Das türkiche Regime befolgte eine Politik des laisser-faire, weil die Zahl der die Klagemauer besuchenden Juden gering war. Er bestätigte, an der Klagemauer früher Feldsessel gesehen zu haben, deren Gebrauch die Palästinaregierung duldete, bis die neuen Regelungen des High Commissioner Sir John Chancellor in Kraft traten. Keith Roach ist der Meinung, daß in der Art der jüdischen Gottesdienste an der Mauer im Laufe seiner Amtszeit gewisse Veränderungen vor sich gegangen sind.

Die Schlußreden der Parteien — Loefgren um eine gütliche Einigung bemüht

Die Internationale Klagemauerkommission drängte die Vertreter der beiden Parteien, die Verhandlungen durch die beiderseitigen Plaidoyers Donnerstag, den 17. Juli, zum Abschluß zu bringen, damit die Kommission Palästina am Sonnabend verlassen könne. Zugleich bemühte sich der Vorsitzende der Kommission, Loefgren, zwischen Juden und Arabern im Klagemauerstreit eine friedliche Einigung zustandezubringen, oder doch wenigstens eine Einigung mit den Moslems in der

Richtung zu erzielen, daß sie die Entscheidung der Kommission anerkennen. Die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt, daß Loefgren in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag viele Stunden lang mit dem Großmufti von Jerusalem und seinen Freunden konferierte. Während der Sitzung am Donnerstag verließ Loefgren die Sitzung, deren Vorsitz dann Barde innehatte, um mit dem stellvertretenden High Commissioner zu beraten. Doch sollen die Aussichten auf eine Einigung mit den Moslems gering sein, da der Mufti trotz aller privat und öffentlich an ihn ergangenen Appelle der Kommissionsmitglieder sich von Anfang der Kommissionssitzung an unzugänglich zeigte. Von jüdischer Seite werden die Bemühungen der Kommissionsmitglieder nach Erzielung einer Einigung unterstützt und sowohl David Yellin als auch Dr. Blau, die vor dem Plaidoyer Dr. Eliashs Ansprachen vor der Kommission hielten, traten in warmen Worten für Einigung und Toleranz ein.

In seiner einstündigen Ansprache vor der Kommission wies David Yellin auf den intoleranten Fanatismus der moslemischen Agitatoren hin und pries die im Gegensatz dazu stehende Toleranz ihrer Vorfahren. Dr. Yellin legte noch einmal Nachdruck darauf, daß keine einzige moslemische Autorität die Identität des Burak mit der Klagemauer stützt, und daß die moslemischen Theologen niemals gegen das Beten der Juden an der Klagemauer Einwendungen erhoben haben. Selbst der Mufti hat ursprünglich nur im Namen der mughrebinischen Anwohner protestiert und nicht wie jetzt im Namen von 300 Millionen Mohammedanern. Die Moslems haben keinen Zeugen dafür führen können, daß Mohammedaner je an der Mauer gebetet hätten und sie haben nie etwas dafür getan, die Mauer vor Verunreinigung zu bewahren. Die uralten jüdischen Rechte an der Mauer sind nicht auf bestimmte moslemische Herrscher beschränkt, entsprechen vielmehr dem Brauch, der seit Jahrhunderten gilt. Dr. Yellin beschloß seine Rede mit der folgenden feierlichen Erklärung: „Wir erklären vor der ganzen zivilisierten und vor der ganzen islamischen Welt, daß wir nicht beabsichtigen, das Gebiet des Haram esh Sheriff oder irgendeine seiner Moscheen anzutasten. Und daß wir auch nicht darnach streben, den Platz vor der Klagemauer in eine Synagoge umzuwandeln oder gegen die Rechte des Wakf zu verstoßen."

Dr. Blau von der Agudath Jisrael schloß sich der Erklärung Dr. Yellins an.

Der jüdische Vertreter Dr. Eliash verstärkte noch David Yellins Appell an die Moslems, die jüdische Position an der Klagemauer von einem menschlichen Gesichtspunkt aus zu betrachten und befürwortet in leidenschaftlichen Worten eine religiöse Toleranz. Die Juden sind fern davon, die Frage mit Politik zu vermengen. Dr. Eliash schloß seine Rede mit dem Appell an die Kommission, eine Lösung zustandezubringen, die sowohl die 300 Millionen Moslems, mit denen der Kommission gedroht wurde, wie auch die Juden befriedigt.

Von moslemischer Seite verlas Ahmed Zaki Pascha zunächst eine Erklärung in arabischer Sprache, in der die Kommissionsmitglieder im Namen des „allmächtigen Rechts" und derer, die die Gerechtigkeit lieben, begrüßt werden und die Hoffnung ausgesprochen wird, daß ihre Entscheidung unparteiisch sein wird und der Stadt Frieden bringen möge, deren Name den Frieden bedeutet. Der Redner, der beansprucht, für Hunderte von Millionen Moslems, vom Pazifischen bis zum Atlantischen Ozean und von Polen bis zum Kap der guten Hoffnung, zu sprechen, sagte, daß alle Moslems entschlossen sind, ihre Rechte an den moslemischen Heiligtümern zu verteidigen. Er brachte dann die folgende, in einer Besprechung der moslemischen Vertreter gebilligte Einspruchserklärung vor: Die überwiegende Mehrheit der palästinensischen Bewohnerschaft erklärt offiziell, daß sie das Mandat unter keinen Umständen anerkennt und sich daher auch durch keine gesetzliche Entscheidung gebunden fühlt, die aus dem Mandat abgeleitet wird, noch erkennt sie das Jüdische Nationalheim an. Die palästinensische Nation allein hat das Recht, über die das eigene Land betreffenden Bestimmungen zu entscheiden. Ein Streit um das Eigentumsrecht an gottesdienstlichen Stätten kann nur den kompetenten Stellen zur Entscheidung übergeben werden. Niemand anderer aber ist zur Behandlung solcher Fragen kompetent, als die palästinensische Nation selbst.

Zweite Weltkonferenz der Radikalen Zionisten

Scharfe politische Auseinandersetzungen innerhalb der Partei

Lemberg, 15. Juli. (JTA.) Die zweite Weltkonferenz der Radikalen Zionisten in Lemberg fand am 13. und 14. Juli statt. Es wurde ein Zentralkomitee gewählt, dem u. a. die Herren J. Grünbaum, R. Stricker, Dr. N. Goldmann, Dr. M. Soloweitschik, Dr. Stephen S. Wise, Dr. E. Margulies, Dr. E. Krämer, Dr. Insler, Dr. Stern, Dr. Aberson und Dr. J. Wilensky angehören.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stand die Frage der oppositionellen Taktik gegenüber der Zionistischen Exekutive und besonders gegenüber Dr. Weizmann, wobei sich scharfe Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Hauptreferenten Grünbaum und Stricker ergaben. Grünbaum hatte in seinem Referat darauf hingewiesen, daß man trotz der opositionellen Haltung zu Weizmanns Politik im gegenwärtigen Augenblick keinen zionistischen „Bürgerkrieg" entfesseln dürfe, besonders nachdem Weizmann selbst bei der Suspendierung der Einwanderungszertifikate in seinem Vertrauen in die englische Regierung erschüttert worden ist und einen neuen Kurs einhält. Er sehe nicht ein, warum man Weizmann nach diesem Kurswechsel nicht unterstützen solle. Weizmann werde sich ohnehin nicht halten können. Die englische Palästinapolitik werde ihn zerschmettern, aber der Kampf gegen Weizmann sei im gegenwärtigen Augenblick nicht nützlich und selbst die Revisionisten sind nicht mit der Forderung nach Rücktritt Weizmanns vor die Massen getreten. Der Kampf solle nicht gegen Weizmann, sondern gegen England geführt werden, der Rücktritt der Exekutive sei als Mittel des außenpolitischen Kampfes zu fordern.

Diesen Ausführungen trat Stricker entgegen, indem er ausführte: Er verstehe nicht, was Grünbaums Wort vom Bürgerkrieg bedeuten solle. Der gegenwärtige Zustand in der zionistischen Politik müsse bekämpft werden, auch wenn man Weizmanns Verdienste in gewissen Situationen anerkennt. Weizmann habe der zionistischen Organisation die Annahme des Churchillschen Weißbuches aufgezwungen, und gehe auch jetzt, nach den Ereignissen des vergangenen Jahres, seinen Weg weiter. Daher müse sein Rücktritt mit allen Mitteln erzwungen werden. Stricker brachte eine Resolution folgenden Wortlauts ein: „Die Konferenz stellt fest, daß die Weizmannsche Politik die zionistischen Interessen schwer geschädigt und viel zur Entstehung des gegenwärtigen Zustandes beigetragen hat. Die ganze zionistische Sache ist in die Hände Englands gelegt worden. In der weiteren Führung durch Weizmann sieht die Konferenz eine Gefahr für die zionistische Bewegung und sie drückt ihm ihr Mißtrauen aus." Dr. Soloweitschik schließt sich den scharfen Angriffen Strickers auf Weizmann an, meint aber, man müsse auf Grünbaum als den Führer der stärksten Gruppe der Radikalen Zionisten hören, wenn er glaubt, daß die Stimmung gegenwärtig der Forderung nach Rücktritt Weizmanns nicht günstig ist.

Dr. Goldmann betonte, daß die Protestbewegung gegen die Politik der englischen Regierung keinen Kampf gegen das englische Volk bedeute, und daß auch Grünbaums Forderung nach Intensivierung der Protestbewegung nicht im Sinne eines Bruches mit England verstanden werden darf.

Nach Beendigung der Aussprache, in der noch zahlreiche Redner zu Worte kamen, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der es u. a. heißt (nach einer Schilderung der englischen Politik):

Diese britische Politik bestätigt alle die Warnungen, die wir Jahre hindurch ausgesprochen haben. Jahrelang, und sogar noch nach den Augustunruhen 1929, hat die zionistische Politik, haben ihre leitenden Repräsentanten und die Majorität, auf die sie sich gestützt haben, diese Warnungen nicht beachtet und geglaubt, durch den Verzicht auf eine rückhaltlose Kritik der englischen Politik in Palästina und die Zurückstellung wichtigster zionistisch-politischer Forderungen sich die Möglichkeit ungestörter praktischer Aufbauarbeit sichern zu können. Dieser Glaube hat sich als eine Illusion erwiesen, denn die jetzige Situation zeigt, daß die britische Regierung auf dem Wege der langsamen Aushöhlung des Mandats bis zu einer direkten Behinderung der Ausbreitung der jüdischen Aufbauarbeit gelangt ist. Damit ist der Zusammenbruch des politischen Systems, das der von Dr. Weizmann und den von ihm geführten Exekutiven in all den Jahren betriebenen Politik zugrunde gelegen hat, offensichtlich geworden, eine Erkenntnis, aus der auch Dr. Weizmann in seinem Verhalten gegenüber den letzten Handlungen der britischen Regierung die Konsequenzen ziehen mußte.

In dieser schweren politischen Krise der zionistischen Bewegung drohen ihr neben all den äußeren schwerwiegende innere Gefahren seitens bestimmter innerzionistischer und innerjüdischer Erscheinungen. Strömungen wie der Brith Schalom und ähnliche Tendenzen in anderen zionistischen Gruppen, die zu einer Preisgabe der letzten politischen Zielsetzungen des Zionismus bereit sind, bedrohen die Stärke und Einheitlichkeit der inneren moralischen und politischen Front der Bewegung, diskreditieren die zionistische Politik sowie die Zionistische Organisation und gefährden die stärkste Quelle unserer Kraft: den Glauben an die letzten Ziele des Zionismus und an die Möglichkeit ihrer Verwirklichung.... Daher rufen wir die gesamte zionistische Bewegung zum Kampfe auf gegen alle solchen liquidatorischen Tendenzen, sei es innerhalb der zionistischen Organisation, sei es innerhalb der Jewish Agency.

Das Problem der jüdisch-arabischen Beziehungen in Palästina, das im letzten Jahre in den Vordergrund des Interesses und der Diskussion der zionistischen Öffentlichkeit getreten ist, erfordert die größte Aufmerksamkeit und ernsthafteste Behandlung. Alle zionistischen Gruppen sind sich einig in ihrem Willen, ein friedliches Zusammenleben und eine auf gegenseitiger Achtung beruhende Kooperation mit den Arabern herbeizuführen. Aber Voraussetzung hierfür ist der gleiche Wille auf arabischer Seite und in erster Reihe ihre Bereitschaft zur Anerkennung des Rechtes des jüdischen Volkes auf die Errichtung seines nationalen Heims in Palästina.... Die Zeit für eine politische Regelung der staatsrechtlichen Formen des Zusammenlebens von Juden und Arabern in Palästina ist noch nicht gekommen; jede Vorwegnahme einer solchen Regelung muß zu einer Preisgabe wichtigster politischer Ziele der zionistischen Bewegung führen und muß daher von uns abgelehnt werden.

Die Ereignisse des letzten Jahres führen zu der zwingenden Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Neuorientierung der zionistischen Politik. Das bisherige politische System, das in erster und fast ausschließlicher Linie auf dem Vertrauen in die englische Politik beruhte und darüber den internationalen Charakter der Judenfrage und des Zionismus als ihrer Lösung in den Hintergrund treten ließ, hat keine Begründung mehr, sei es in der Haltung der englischen Regierung, sei es in der seelischen Einstellung des jüdischen Volkes. Dies bedeutet nicht, daß die zionistische Politik antienglisch werden soll. Die zionistische Politik muß aus den Lehren der letzten Monate die Konsequenz einer völligen Neuorientierung ziehen: Neuorientierung im Sinne einer erneuten Darlegung der großen und letzten Ziele des Zionismus vor der gesamten Öffentlichkeit, einer Stärkung und Intensivierung des politischen Kampfwillens des jüdischen Volkes, einer Internationalisierung unserer Politik, auf der Erkenntnis basierend, daß die Judenfrage international sei, der Zionismus als Lösung der Judenfrage international ist, das Mandat eine internationale Verpflichtung ist und England als Mandatarmacht nur Vollstrecker dieser internationalen Verpflichtung ist.

Diese Neuorientierung bedeutet, wenn sie konsequent und mit Aussicht auf Erfolg vorgenommen werden soll, einen völligen Kurswechsel der zionistischen Politik der letzten Jahre. Ein solcher Kurswechsel muß auch darin zum Ausdruck kommen, daß Dr. Weizmann und die von ihm geführte Exekutive als die Träger der zionistischen Politik, zu denen wir nach wie vor auf Grund ihres politischen Systems in all diesen Jahren kein Vertrauen haben können, und die vor der gesamten jüdischen und internationalen Öffentlichkeit als die verantwortlichen Repräsentanten des bisherigen Kurses dastehen, ihre Mandate niederlegen und so dem baldigst einzuberufenden ordentlichen zionistischen Kongreß die Möglichkeit geben, durch die Wahl einer neuen Leitung auch in dieser Form den Willen zur Neuorientierung unserer Politik zu dokumentieren.

Tagung der Reichsarbeitsgemeinschaft der jüdischen Landesverbände

Berlin, 15. Juli. (JTA.) (Amtlich.) Die Reichsarbeitsgemeinschaft der jüdischen Landesverbände trat am Sonntag, dem 13. Juli 1930, nach halbjähriger Pause in Berlin zu einer Beratung zusammen. Den Vorsitz führte der Präsident des Preußischen Landesverbandes, Kammergerichtsrat Leo Wolff. Die Versammlung war sehr gut besucht, insbesondere hatten auch die süddeutschen Landesverbände Vertreter in größerer Anzahl entsandt.

Zur Sprache kam eine Reihe von Gegenständen, die über den Bezirk eines einzelnen Landes hinaus für die Gesamtheit der deutschen Juden von Wichtigkeit sind. Die Bedeutung der Tagung lag, wie von dem Vorsitzenden betont wurde, weniger in der Formulierung von bestimmten Beschlüssen als darin, daß durch die persönliche Berührung der in den einzelnen Verbänden an leitenden und verantwortlichen Stellen stehenden Männer und durch den Austausch der gegenseitigen Meinungen und Erfahrungen eine Grundlage für ein einheitliches Vorgehen gewonnen wurde.

Die Versammlung beschäftigte sich zunächst mit der schweren Lage, die durch die allgemeine in Deutschland und besonders unter den Juden herrschende wirtschaftliche Not geschaffen worden ist. Es wurde im Anschluß an die von der Tagung des Preußischen Landesverbandes Ende März d. J. gefaßten Beschlüsse in Aussicht genommen, daß aus allen Teilen Deutschlands dem bereits gebildeten Ausschusse die vorhandenen Unterlagen zugeführt werden sollen, und daß dann unter Zuziehung süddeutscher Vertreter in einer gemeinsamen Sitzung endgültig über die Einberufung der geplanten allgemeinen Wirtschaftskonferenz entschieden werden soll. Auf dieser ist besonders auch die Gründung von Bezirksdarlehenskassen ins Auge zu fassen.

Die Vorarbeiten zur Bildung einer Gesamtorganisation der deutschen Juden, die von allen Seiten als dringend notwendig bezeichnet wurde, sollen in der Weise aufgenommen werden, daß zunächst durch den von dem Preußischen Landesverband bereits eingesetzten Ausschuß ein neuer Verfassungsentwurf ausgearbeitet, und daß dieser alsdann einem größeren Kreise von Beauftragten aller Landesverbände vorgelegt wird, der prüfen soll, ob für seine Annahme bei den zuständigen Stellen begründete Aussicht besteht. Es soll unter allen Umständen vermieden werden, daß der neue Versuch, die deutschen Juden in einen Reichsverband zusammenzufassen, wiederum durch unvorhergesehenen Widerspruch maßgebender Stellen zum Scheitern gebracht wird.

Als eine weitere für das gesamte deutsche Judentum äußerst bedeutungsvolle Frage wurde angesichts der ständigen Abnahme der jüdischen Bevölkerung die Durchführung einer zweckmäßigen Bevölkerungspolitik bezeichnet. Die Schwierigkeiten, durch geeignete Maßnahmen eine Besserung herbeizuführen, wurden nicht verkannt. Es wurde den am 24. Februar 1929 durch die von dem Preußischen Landesverband einberufene bevölkerungspolitische Konferenz gefaßten Beschlüssen grundsätzlich zugestimmt und ihre Verwirklichung in die Wege geleitet.

Die äußerst mißlichen Verhältnisse in den kleinen Landesverbänden, die zum Teil nur eine geringe Zahl Seelen umfassen und deshalb kaum als leistungsfähig angesehen werden können, wurde aufs neue besprochen. Es wird erforderlich sein, daß mehrere kleine Verbände sich zusammentun oder Anlehnung an einen der großen Verbände suchen, die bereit sind, nach ihren besten Kräften dazu beizutragen, das jüdische Leben auch in den kleinen deutschen Ländern zu erhalten und zu stärken.

Die Versammlung beschäftigte sich noch mit einer Reihe weiterer Angelegenheiten, von denen insbesondere die Frage einer wirksamen Unterstützung des für die Ausbildung konservativer Lehrer unentbehrlichen Seminars in Würzburg hervorgehoben sei. Dieses ist als Reichsanstalt anzusehen; seine Erhaltung liegt daher allen Landesverbänden ob.

Die Vertretung der Landesverbände auf dem Ende August in Berlin zusammentretenden Kongreß des Weltverbandes Schomre Schabbos wurde als wünschenswert bezeichnet.

Als Vertreter der Reichsarbeitsgemeinschaft in dem Kuratorium, welches unter Führung der Berliner Jüdischen Gemeinde zur Verwaltung der bisher dem Deutsch-Israelitischen Gemeindebund gehörenden Fürsorgeanstalten sich gebildet hat, wurde Kammergerichtsrat Wolff gewählt.

Aus der jüdischen Welt

Prof. Ludwig Stein gestorben

Berlin, 15. Juli. (JTA.) Gestern verstarb in Salzburg nach einer Operation Prof. Ludwig Stein.

Ludwig Stein, eine der bekanntesten Persönlichkeiten der Berliner Gesellschaft, ist 71 Jahre alt geworden. Seine wissenschaftliche Tätigkeit ist außerordentlich rege und vielseitig gewesen. Die Tatsache, daß er viele Sprachen beherrschte, erleichterte es ihm, mit den philosophischen Richtungen aller Kulturvölker engste Fühlung zu halten.

Die von ihm herausgegebene Zeitschrift „Nord und Süd“ gestaltete er zu einer politischen Monatsschrift ersten Ranges. Die größten Gelehrten auf den verschiedensten Gebieten, vor allem aber fast alle Staatsmänner der Welt, waren seine Mitarbeiter.

Ludwig Stein, auch unter seinem Pseudonym „Diplomaticus“ bekannt, Philosoph und Soziologe, ist im Jahre 1859 in Erdö-Benye in Ungarn geboren. 1881 bis 1883 war er in Berlin als Rabbiner tätig, wurde 1886 Privatdozent, 1889 ordentlicher Professor für Philosophie am Züricher Polytechnikum, 1890 an der Universität Bern und wirkte von 1911 bis 1924 als Dozent an der Humboldt-Akademie Berlin. In seinen philosophischen und soziologischen Arbeiten entwickelte Stein eine religiös- und sozial-ethisch fundierte optimistische Welt- und Lebensanschauung. Aus seinen Werken sind zu nennen: „Friedrich Nietzsches Weltanschauung und ihre Gefahren“, „Versuch zu einer Kultur-Philosophie“, „Die soziale Frage im Lichte der Philosophie“, „Philosophische Strömungen der Gegenwart“, „Weltbürgertum, National-Staat und internationale Verständigung“ „Gegen Spengler“, „Evolution and Optimism“ u. a. Ferner veröffentlichte er eine Reihe von Schriften zur allgemeinen Geschichte der Philosophie und zwar: „Psychologie der Stoa“, „Erkenntnis der Stoa“, „Leibnitz und Spinoza“ u. a. m., wie auch zur Geschichte der jüdischen Religionsphilosophie und Monographien über jüdische Denker „Die Willenskraft bei den jüdischen Philosophen des Mittelalters“, „Die Juden in der Philosophie der Gegenwart“. Prof. Stein war Herausgeber des „Archivs für die Geschichte der Philosophie“, des „Archivs für systematische Philosophie“, der „Berner Studien zur Philosophie“, dann der Bibliothek der Philosophie“ und der von ihm geleiteten Zeitschrift „Nord und Süd“.

*

Prof. Stein wurde am 18. Juli unter ungewöhnlich starker Beteiligung auf dem Friedhof der Adass-Jisroel-Gemeinde in Weißensee bestattet.

Kammergerichtsrat Jacques Stern gestorben

Berlin, 16. Juli. (JTA.) Im Alter von 54 Jahren ist der Rechtsphilosoph Jacques Stern plötzlich gestorben. Stern ist durch rechtsvergleichende

DER AUFSTAND

VON J. OPATOSCHU

Aus dem Jiddischen von Siegfried Schmitz

23. Fortsetzung

„Ich meine... wenn Ihr einem Juden einen Gefallen tun wollt...“

„Wer, ich?“

„Ja, Panie. Ich muß schnell nach Hause... mein Kind ist krank... ich mußte eines Geschäftes halber wegfahren. Und nun will es nicht Tag werden, nichts zu machen?! Da möchte ich Euch sehr bitten, Panie... tut mir einen Gefallen... Ihr seid wie ein Goj gekleidet, habet keinen Bart... ich meine...“

„Was kann ich für Euch tun?“

„Wenn Ihr mich nach Hause begleiten wolltet... es ist nicht weit...“

Mordechai begriff nicht, was der Fremde wollte; vermutete, der Jude halte ihn für einen Arzt und erwiderte:

„Wozu braucht Ihr mich?“

„Wisset Ihr denn nicht, daß ein Jude bei Nacht sich in Krakau nicht aufhalten darf, außer auf dem Kazmierz? Stellt Euch vor, wie gescheit die Gojim sind — ich darf bei Nacht mit der Bahn ankommen, nach Hause gehen darf ich auch, nun aber? Die Straßen, welche vom Bahnhof zum Kazmierz führen, darf ich nicht betreten. Wegzaubern kann ich sie nicht, und das Leben aufs Spiel setzen will ich nicht — man riskiert wahrhaftig, erschlagen zu werden... Da ist mir eingefallen ... wenn Ihr so gut wäret, mich nach Hause zu bringen... es ist nicht weit... Ihr würdet mir damit eine Wohltat tun... Durch Euch wäre ich geschützt... Wenn man mit einem Polen geht, wird man nicht belästigt...“

„Wie, Juden dürfen wirklich nicht in der Stadt wohnen?“

„Das wisset Ihr nicht?“

„Wenn Ihr meint, daß ich Euch nützlich sein kann, so gehen wir!“

Sie verließen den Bahnhof. Es war noch dunkel. Aus einem Tor tauchte ein Nachtwächter auf, klopfte, um sich Mut zu machen, mit seinem Stock auf den Boden, und sah den Passanten neugierig nach.

Mordechai hatte vergessen, wo er war und was er wollte. Er sah sich als Ghettojuden hastig in der Dunkelheit durch leere Gassen schleichen, um ein gottgefälliges Werk zu erfüllen; so hatte mehr als ein Jude sein Leben eingesetzt, um in Zeiten der Not seine Brüder zu retten.

„In Krakau wohnt wirklich kein einziger Jude?“

„In der Stadt?“

„Ja.“

„Kein einziger; das heißt, einige Reiche wohl, die wissen sich zu helfen, sie ‚schmieren‘. Wie wäre es auch anders möglich? Andererseits aber: was ist das schon für ein Jude, der unter Gojim wohnen will, wenn er auf dem Kazmierz unter Juden wohnen kann?“

Die Häuser standen nicht mehr so dicht beieinander.

„Gott sei Dank, wir sind gut durchgekommen!“ Aufatmend deutete der Jude auf einen kleinen Steg. „Auch jetzt noch kann man was abkriegen, doch dort ist man immerhin sicherer, schließlich ist man ja doch daheim... Ihr habet sicher noch nicht gebetet, kommt mit mir, wir wollen zusammen frühstücken..“

Eine kleine Holzbrücke schied Krakau vom Kazmierz.

Mordechai hörte nicht den Dank des Juden; er blickte auf die vereiste Weichsel, die im roten Morgen blinkte; er betrachtete die Holzbrücke, die unter den Tritten des gebückten Juden schwankte. Über den geflickten Dächern starrten die Kreuze einer gelbgetünchten Kirche in die Luft.

Mordechai fühlte sich schuldbewußt, weil er sich von der Gemeinschaft entfernt hatte. Er schritt über die Brücke. Wie schmal die Häuser, wie eng die Gäßchen! Da und dort eilte ein Jude vorüber, den Tallisbeutel unterm Arm. Lebensmittelhandlungen wurden gerade aufgemacht. An einem Fensterladen hing ein Blechschild, darauf war ein Stiefel gemalt und darunter stand in großen Lettern — Meïr Abarbanel. Der Name zündete: er ließ den alten Abarbanel erstehen, der nicht am königlichen Hofe bleiben wollte, sondern mit den Exulanten aus Spanien gegangen war; und dieser Name hatte sich bis auf den Kazmierz verirrt.

Mordechai sah durch das Fenster in die Wohnung des Schusters. Ein schwerfälliger

Jude mit dichtem Haar und Bart saß auf einem Dreifuß und schlug Nägel in eine Stiefelsohle. Sein langer Bart geriet zwischen Hammer und Stiefel.

„Und wohin gehe ich?“ fuhr es Mordechai durch den Sinn. „Was habe ich hier in Krakau zu suchen, wo meine Brüder, in schmale, enge Gäßchen gesperrt, ihres Lebens nicht sicher sind, wenn sie über die Gasse gehen?!“...

UM DEN WAWELBERG HERUM

Mordechais Sinne wurden überscharf; sie erfaßten selbst Dinge, denen keine Realität entsprach:

Ist das der vielgerühmte praktische Sinn der Juden, daß sie überall, wohin sie kommen, und wäre es auch in einem Abgrund, Pfähle ins Wasser rammen und meinen, festen Boden unter den Füßen zu bekommen?

Über dem Kazmierz erhob sich der Wawel mit seinen Türmen. Jahrhundertealte polnische Kultur in unmittelbarer Nachbarschaft des Ghetto; fremd wuchtet sie über den zusammengedrängten Häuschen und hält sie in Dunkel, in Angst.

Polnische Kronen, von Juden geschmiedet, Heiligenbilder, von italienischen Epigonen gemalt, polnische Könige — zusammen mit der ersten oder der zweiten Frau oder auch mit beiden Frauen und allen Kindern — ruhten in unterirdischen Gewölben wie in großen, königlichen Schlafgemächern.

Nur eines fehlte — das lebendige Wort, das den verfallenden Talmudschulen die Wage halten konnte; solange die flammenden Worte eines Mickiwiecz, eines Norwid nicht an Stelle des Schwertes treten, können die Juden weiter Pfähle ins Wasser rammen, und das Wunder wird sich immer wiederholen — daß das menschliche Wort immer dem Schwerte Widerstand leistet. Solche Pfähle halten fest, selbst wenn sie in einen Abgrund gerammt sind, und der riesige Wawel kann sich mit dem verfallenen Kazmierz nicht messen. Und kämen auch Barbaren aus allen vier Windrichtungen und vernichteten den Wawel durch Feuer — Wanda und Krakus schlafen weiter ihren ruhigen Schlaf unter dem Berg von Asche und harren jenes Norwid, den niemand Polen rauben kann, auf daß er sie zum Leben erwecke...

Es war spät am Vormittag, als Mordechai dem Ausgang des Wawel zuschritt. Er machte sich Vorwürfe, daß er Wirzbicki auf dem Bahnhof alleingelassen hatte.

Nur wenige Personen besichtigten die Schätze des Wawel; sie gingen andächtig durch die Säle und blieben bei jedem Bild, bei jeder Holzskulptur stehen. In den Ecken der Säle standen österreichische Beamte und musterten die Besucher. Vom Eingangstor schaute stolz der österreichische Adler nieder, der den Platz des polnischen eingenommen hatte:

Der Feind ist in den Wawel eingedrungen und hat den weißen Adler durchbohrt; und Polens Söhne, Polens schöne Töchter sehen den Adler in seinem Blute vergehen.

Der Feind hatte im Tempel zu Jerusalem den römischen Adler aufgestellt. Es war Erntezeit. Das Volk warf die Sicheln weg, ließ die Ernte auf den Feldern stehen, und Zehntausende von Männern, Frauen und Kindern wanderten nach Jerusalem, bestürmten den Prokurator mit Bitten, er möge ihr Heiligtum nicht entweihen. Tag und Nacht belagerte die Menge den Palast. Der Prokurator, der sich ihrer nicht erwehren konnte, ließ seine Truppen mit blanken Schwertern aufmarschieren und drohte, die Menge bis zum letzten Mann niederzumachen, wenn sie nicht wiche. Und mehr denn zwanzigtausend entblößte Hälse boten sich den blanken Schwertern:

„Nimm den römischen Adler aus dem Heiligtum oder töte uns. Mit blutendem Herzen können wir nicht leben!“...

Wirzbicki und ein langbärtiger Jüngling kamen Mordechai entgegen. — „Wo warst du, Joschko?“

„Auf dem Bahnhofe traf ich Baumfeld. Ihr kennt einander nicht? Das ist einer meiner Schulkollegen. Wie findest du den Wawel, Alter? Wer das sieht, kann nicht mehr sagen, Polen sei ein Findelkind unter den Völkern und habe keine Kultur.“

„Richtig, Joschko, richtig!“

„Alle machen soviel Wesens vom Pariser Panthéon“, sagte Baumfeld. „Wie kann es sich mit dem Wawel vergleichen? Neben ihm ist es doch ein emporgekommener Schlachtschitz neben einem Grafen von uraltem Adel.“

„Warst du auch in der ‚Smocia Jama‘?“ fragte Wirzbicki.

Ehe Mordechai noch antworten konnte, begann Baumfeld, die Augen geradeaus in die Ferne gerichtet, als hielte er eine Rede an eine Volksmenge:

Sie ist etwas Einzigartiges, die „Smocia Jama“, sie bringt den Menschen der Urzeit nahe. Die rohen Steingewölbe benehmen den Atem; sie erinnern an das Chaos in seiner flüssigen Glut. Die dunkle Glut erstarrte durch Gottes Wort: es werde festes Land; und nun gähnt Abgrund über Abgrund, und aus der Tiefe steigen verzerrte Gesichter, starre Glieder empor, die das tausendköpfige Ungeheuer in die Höhle geschleppt hat.“

(Fortsetzung folgt.)

Studien, namentlich über den „Universalismus im Recht“, weit über seine Fachkreise hinaus bekannt geworden. Der Verstorbene war Hauptvorstandsmitglied des C.-V., hat in der Liberalen Vereinigung mitgearbeitet und sich mit viel Interesse der Arbeit der Gesellschaft ORT gewidmet.

Oberrabbiner Dr. M. Lerner gestorben

Altona, 16. Juli. (JTA.) Am Mittwoch, dem 9. Juli, starb in Altona im Alter von 73 Jahren, der langjährige Oberrabbiner von Schleswig-Holstein, Dr. Meier Lerner. Der Verewigte genoß einen ganz besonders geachteten Ruf als Talmudist der alten Schule, der es verstand, gründliches jüdisches mit wirklich umfassendem profanem Wissen zu paaren. Dr. Lerner war über 30 Jahre lang der allseits beliebte geistige Führer der Altonaer Gemeinde.

Habimah-Generalprobe von Shakespeares „Was ihr wollt“ vor Berliner Habimah-Freunden

Berlin, 16. Juli. (JTA.) Das hebräische Theater „Habimah“, das sich seit einigen Monaten in Berlin aufhält und hier sein neues Repertoire studiert, hatte die Mitglieder des „Kreises der Freunde der Habimah“ am 15. Juli in das „Berliner Theater“ gebeten, um dort der Generalprobe zu Shakespeares „Was ihr wollt“, dem ersten Stück des neuen „Habimah“-Repertoires, beizuwohnen. Der Einladung war eine zahlreiche Verehrer-Gemeinde der „Habimah“-Kunst gefolgt. so daß die zur Verfügung stehenden Plätze des Theaters nicht ausreichten. Unter den Anwesenden sah man prominente Vertreter der Berliner jüdischen Gesellschaft und des jüdischen öffentlichen Lebens, sowie Vertreter des geistigen Berlin, unter ihnen Lion Feuchtwanger, Arnold Zweig, Alfred Döblin, Bernhard Döblin, Graf Montgelas u. a. Als auch Rabindranath Tagore, der sich gegenwärtig in Berlin aufhält, im Theater erschien, wurde er Gegenstand herzlicher Ovationen, nachdem ihn Rechtsanwalt Sammy Gronemann durch eine kurze herzliche Ansprache im Namen der „Habimah“ begrüßt hatte. Die Aufführung löste bei den Anwesenden Begeisterung aus, die sich an vielen Stellen in Applaus vor offener Szene entlud. Zum Schlusse wurden neben den Schauspielern der Dichter-Übersetzer Dr. S. Tschernichowski, der Regisseur Tschechoff, der Bühnenmaler Masjutin und der Komponist Ernst Toch immer wieder gerufen.

Der seit einigen Tagen in Berlin weilende hebräische Dichter Chaim Nachman Bialik hatte, weil er sich am nächsten Tag bereits zu Heilzwecken in ein Sanatorium begeben mußte, einer Theaterprobe am Abend vorher beigewohnt und hat sich über die Darstellung außerordentlich befriedigt geäußert.

Die Berufung Prof. Kelsens an die Kölner Universität und die Zentrumspresse

Köln, 20. Juli. (JTA.) Prof. Kelsen, der bedeutende Staatsrechtslehrer Österreichs und Autor der ersten Verfassung der österreichischen Republik, hat, um aus der Atmosphäre des Antisemitismus und Klerikalismus, die gegenwärtig an der Wiener Universität herrscht, herauszukommen, die an ihm ergangene Berufung der Kölner Universität angenommen. Prof. Kelsen hat seinen Entschluß auch nicht geändert, als ihm in den letzten Tagen eine Adresse, die die besten wissenschaftlichen Namen Österreichs trug, überreicht wurde, um ihn zum Verbleiben in Wien zu überreden. Zu seiner Berufung an die Kölner Universität nimmt die Zentrumspresse in eigenartiger Weise Stellung. So schreibt die „Kölnische Volkszeitung“ in ihrer Abendausgabe vom 14. Juli:

... ist es nicht unverständlich, und wirkt es nicht befremdend, wenn man jetzt hört, daß Oberbürgermeister Dr. Adenauer für die in diesen Tagen erfolgte Berufung von Kelsen (Wien) sich tatkräftig eingesetzt habe? Ist dem Oberbürgermeister nicht bekannt, daß die Universität Köln bereis mit Dozenten jüdischen Bekenntnisses überbesetzt ist, eine Tatsache, die auch in Professorenkreisen aus sachlichen Gründen starken Widerspruch findet? . . .

Die Jahresversammlung von HIAS-JCA-EMIGDIRECT

Paris, 16. Juli. (JTA.) Bei der in Paris dieser Tage abgehaltenen Jahresversammlung von HIAS-JCA-EMIGDIRECT (HJCEM) wies der Vorsitzende der Versammlung, Justizrat Dr. Blau, darauf hin, daß trotz aller Einwanderungsbeschränkungen die jüdische Emigration aus Osteuropa beständig wächst. Während im Jahre 1927 aus Osteuropa 35 000 Juden nach verschiedenen Einwanderungsländern auswanderten, war die Zahl im Jahre 1928 38 000 und überschritt im Jahre 1929 45 000. In den ersten drei Jahren ihres Bestehens haben sich 157 000 Personen an die HJCEM-Gesellschaft um Rat und Hilfe gewandt. In den Hauptländern der jüdischen Einwanderung, ausgenommen die Vereinigten Staaten von Amerika, wurde 36 500 Einwanderern bei ihrer Ankunft und später Hilfe geleistet. Für 12 100 Einwanderer konnte Beschäftigung besorgt werden. In der gleichen Zeit ist es der HJCEM-Gesellschaft gelungen, den Einwanderern Reisekosten im Betrage von 252 000 Dollar zu ersparen. Spezielle Anstalten zur Schulung der neuen Ankömmlinge in verschiedenen Berufszweigen und in den Sprachen der Länder sind erhalten worden. In Frankreich konnten ungefähr 250 Einwanderer als landwirtschaftliche Arbeiter angesiedelt werden. Dr. Blau sagte weiter, er hoffe, daß es HJCEM gelingen werde, seine Maßnahmen zur Feststellung der Einwanderungsmöglichkeiten zu erweitern und die Juden der ganzen Welt an der Wohlfahrt der jüdischen Wanderer zu interessieren.

Der Palästinabericht der Mandatskommission wird erst nach der Septembersession des Völkerbundsrates veröffentlicht werden

London, 15. Juli. (JTA.) Im Unterhaus fragte der frühere Staatssekretär für die Kolonien, Amery, den Ministerpräsidenten, ob der Palästinabericht der Permanenten Mandatskommission in Form eines Weißbuches der englischen Regierung zugänglich gemacht werden könnte. Der Ministerpräsident verneinte die Frage. Es handle sich um ein vertrauliches Dokument, das dem Völkerbund von der Permanenten Mandatskommission, die rein beratende Funktionen hat, unterbreitet worden ist. Er sei dahin unterrichtet worden, daß eine Veröffentlichung des Berichtes unangemessen wäre, solange der Bericht vom Völkerbundsrat nicht veröffentlicht worden ist. Seinen Informationen nach wird dies nicht vor Abschluß der Septembersession des Völkerbundsrates geschehen.

Rudolf Schildkraut gestorben

Neuyork, 16. Juli. (JTA.) Gestern ist in Hollywood Rudolf Schildkraut, 68 Jahre alt, einer Herzschwäche erlegen. Schildkraut wurde in Konstantinopel als Sohn einer spaniolischen Familie geboren. Er kam in jungen Jahren nach Siebenbürgen, wo er deutsch lernte, 1893 kam er an das

Raimund-Theater nach Wien und später an das Karl-Theater. In Wien erweckte er Mitterwurzers Interesse und Alfred von Berger, der damls das Deutsche Schauspielhaus in Hamburg gründete, berief ihn nach Hamburg. Von da kam er zu Reinhardt, wo er seine größten Erfolge in der Rolle des Shylock und Lear hatte. Nach seinem Wirken in Berlin, das seinen Namen in der ganzen Welt bekannt machte, ging Schildkraut nach Amerika, wo er als Theaterdirektor und Darsteller in jiddischen Theatern wirkte.

Robert Szold, Vorsitzender der Zionistischen Organisation in Amerika

Neuyork, 15. Juli. (JTA.) Die Convention der Zionistischen Organisation in Amerika, die in den ersten Julitagen in Cleveland abgehalten wurde, ist ohne Wahl eines Vorsitzenden der Organisation auseinandergegangen. Nunmehr ist innerhalb der in Cleveland gewählten leitenden Körperschaften eine Einigung in diesem Punkte erzielt worden. Robert Szold ist zum Vorsitzenden der Zionistischen Organisation in den Vereinigten Staaten, Rabbi Abba Hillel Silver zu ihrem Vizevorsitzenden gewählt worden. Außerdem wurde Judge Julian W. Mack zum Ehrenvorsitzenden und Louis Lipsky zum zweiten Ehrenvorsitzenden ernannt. Von den vier genannten Persönlichkeiten gehören die ersten drei der in Cleveland in die Organisation zurückgekehrten Brandeisgruppe an, und nur Louis Lipsky, der langjährige Vorsitzende der Zionistischen Organisation in Amerika, vertritt die bisherige Majoritätsgruppe des amerikanischen Zionismus. Zum Vorsitzenden der in Cleveland eingesetzten Kommission für politische und wirtschaftliche Fragen wurde Dr. Stephen S. Wise gewählt.

Neuyork, 16. Juli. (JTA.) Die in Cleveland neugewählte Leitung der Zionistischen Organisation in Amerika hat zur Verwaltung der verschiedenen Tätigkeitsgebiete der Organisation Unterkommissionen eingesetzt, und zwar eine Kommission für den Verkehr mit der Jewish Agency und der Zionistischen Weltorganisation unter dem Vorsitz von Judge Julian W. Mack, eine Kommission für die Liquidierung des Defizits mit Nathan Ratnow als Vorsitzenden, ferner eine Finanzkommission unter S. I. Rosenberg, eine KKL-Kommission unter Ab. Goldberg, eine Palästina-Wirtschaftskommission unter Israel Brodie, eine Fondskommission unter Judge Lewis, eine Organisationskommission unter Jakob de Haas, eine Kulturkommission unter Rabbi James Heller, eine Pressekommission unter Abraham Tullin, und eine Kommission für die Angelegenheiten der Hebräischen Universität unter Vorsitz von Rabbi Silver. Somit ist die Leitung der meisten Arbeitsgebiete Angehörigen der Brandeisgruppe und der bisherigen Oppositionsgruppe übergeben worden.

Der neue Chefsekretär der Palästinaregierung

London, 19. Juli. (JTA.) Das englische Kolonialamt teilt mit, daß Mark Aitchison Young, Colonial Secretary in Sierra Leone, als Nachfolger von H. C. Luke zum Chefsekretär der Palästinaregierung ernannt worden ist.

Die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt dazu aus Jerusalem, daß diese Ernennung für das Sekretariat der Palästinaregierung eine vollkommene Überraschung bedeutete. Der Name Young war in Berichten der JTA schon genannt worden, wurde aber auf den Regierungsbeamten im Irak, Hubert Young, bezogen.

Herabsetzung des Zehent in Palästina

Jerusalem, 16. Juli. (JTA.) Die Regierung hat den von der Winterernte zu erhebenden Zehent um 50 Prozent herabgesetzt. Diese Vergünstigung findet nach allgemeiner Ansicht auf diejenigen Bodeneigentümer, die ihre Böden nicht selbst bearbeiten, sondern aus ihrer Verpachtung eine Rente beziehen, keine Anwendung. Die Steuerermäßigung stellt eine Sondermaßnahme der Regierung dar, die wegen der durch die Feldmäuseplage verursachte Notlage eines großen Teils der palästinensischen Bauernschaft erfolgt ist.

23 von 26 jüdischen Polizeikandidaten abgewiesen

Jerusalem, 14. Juli. (JTA.) Von 26 jungen Juden, die sich um Aufnahme in die palästinensische Polizei bewarben, wurden 23 mit der Begründung abgewiesen, daß ihr Gesundheitsstand den geforderten Bedingungen nicht entspreche. Diese Tatsache erregt deshalb Verwunderung, weil es sich bei den betreffenden Kandidaten um ausgesucht kräftige Menschen handelte.

Die Regierung baut ein neues Postamt in Tel-Awiw

Jerusalem, 20. Juli. (JTA.) In Tel-Awiw wurde der Grundstein zu einem neuen Postgebäude gelegt, das auf Kosten der Regierung errichtet wird. Bei der Feier der Grundsteinlegung erinnerte der stellvertretende Generalpostmeister Palästinas, Foster, an die Zeit, wo Tel-Awiw so klein war, daß sein Postamt in einem einzigen Raum Platz hatte. Der Bürgermeister von Tel-Awiw, Dizengoff, betonte die besondere Funktion, die die Post in einer Stadt wie Tel-Awiw mit ihren engen Beziehungen zu Menschen der ganzen Welt hat und sah die Zeit voraus, in der die Luftpost diesen Verkehr noch schneller und intensiver gestalten wird. Rabbi Uziel sprach die Hoffnung aus, daß die Nachrichten aus Tel-Awiw in Zukunft der Welt von Frieden und vom Wohlergehen aller Bewohner des Landes sprechen werden.

Neue Schikane an der Klagemauer

Jerusalem, 14. Juli. (JTA.) Der an der Klagemauer stationierte arabische Polizist verhinderte am vergangenen Sabbat-Ausgang die Entzündung der Hawdalahkerzen. Dieses Einschreiten wurde mit Beschwerden der anwohnenden marokkanischen Moslems motiviert, die sich darüber beklagten, daß die Juden am Platz vor der Mauer Wein trinken. Das Trinken von Wein ist ein Bestandteil der Hawdalah-Zeremonie, die bisher ohne jede Störung bei der Klagemauer verrichtet werden konnte.

Um eine jüdische Stadtverwaltung in Jerusalem

Jerusalem, 18. Juli. (JTA.) In Jerusalem hat sich aus Vertretern aller jüdischen Wohnviertel der Stadt eine Vereinigung mit der Bezeichnung „Hatoschaw“ (Der Bürger) gebildet. Die Vereinigung hat den Schutz der jüdischen Interessen in Jerusalem zum Zwecke, die seit dem Rücktritt der jüdischen Mitglieder des Stadtrates unvertreten sind. Es wurde beschlossen, gesetzliche Schritte zu unternehmen, um die Errichtung einer gesonderten jüdischen Stadtverwaltung in Jerusalem zu erwirken, in der Art, wie es neben der Stadtverwaltung von Jaffa die gesonderte Stadtverwaltung Tel-Awiw gibt.

An die ehemaligen Würzburger!

Wir erhalten folgenden Aufruf mit der Bitte um Veröffentlichung:

Kollegen!

Wenn wir in diesen Tagen die goldene Jubelfeier des Israelitischen Lehrervereins in Bayern festlich begehen, eines Vereines, der so manches treubewährte Mitglied auch jenseits der weißblauen Grenzpfähle zu den Seinen zählt, dann gedenken wir, in die Vergangenheit zurückschauend, einer geplant gewesenen ähnlichen Festtagung, die von 16 Jahren auch in der schönen Frankenmetropole abgehalten werden sollte, durch ungeahnte Zeitenstürme aber verhindert wurde: die Jubelfeier 50jährigen Bestehens der Israelitischen Lehrerbildungsanstalt Würzburg. Alle Vorbereitungen waren getroffen; in heller Begeisterung hatten die Hunderte der ehemaligen Schüler des Würzburger Seminars den Gedanken gemeinsamer Feier als lebendige Bekundung des Gefühls der Zusammengehörigkeit erfaßt; da brach der fürchterliche Krieg 1914 aus, wenige Tage vor dem vorgesehenen Jubiläumstage, und die wilde Kriegsflut begrub auch Fest und Feier in ihrem tosenden Wirbel.

So mancher wackere Kollege und ehemalige Mitschüler mußte sein Leben dem Vaterlande zum Opfer bringen, mancher andere mußte seitdem dem irdischen Leben natürlichen Tribut zollen, neue Lehrergenerationen sind seitdem herangewachsen, aber die alte Bildungsstätte besteht noch und — wir hoffen und erwarten es — in unseren Reihen der Geist von 1914, der Geist der treuen Anhänglichkeit zur alten alma mater. Sie hat die Jahre von Sturm und Ebbe im öffentlichen Leben überdauert, hat ungeheure Schwierigkeiten und Fährnisse überwunden und erscheint gleichsam neu verjüngt, ein aus lodernder Flamme sich stets neu belebender Phönix vor unseren Augen. Immer neue Zweige hat sie getrieben, neuen Aufstieg genommen statt drohenden Niederganges, ein Bild zähester Lebenskraft und — Lebensnotwendigkeit. Ein neues Anstaltsgebäude ersteht zur Zeit, das, allen modernen Anforderungen in pädagogischer, hygienischer und ästhetischer Beziehung Rechnung tragend, auch in kluger Voraussicht der Zukunft und ihren möglichen Forderungen gerecht zu werden versucht. Wir freuen uns unserer alten alma mater, wir sind stolz auf sie, wir möchten dem Gefühl, das uns alle Zeit mit ihr verbindet, auch sichtbarlich Ausdruck verliehen wissen. Es war 1914 eine „Vereinigung ehemaliger Würzburger“ beabsichtigt; der hier an erster Stelle Mitunterzeichnete führte in den konstituierenden Beratungen den provisorischen Vorsitz. Sollte nicht das Vereinsjubiläum der Lehrerschaft die passendste Gelegenheit bieten, da so viele ehemalige Schüler aus Ost und West, aus Nord und Süd in Würzburg sich festlich gestimmt zusammenfinden, den nur aufgeschobenen, nie aufgehobenen Gedanken der „Vereinigung ehemaliger Würzburger“ zur lebendigen Wahrheit werden zu lassen. Es wird, es muß sich gelegentlich der Jubiläums-Festtage Zeit finden lassen, eine feste Organisation zu begründen, der Zusammenschluß muß sich vollziehen. Zustimmungserklärungen und sachdienliche Anregungen werden von den Unterzeichneten dringend erbeten, ohne daß mit der Zeichnung dieser Namen etwa eine Festlegung für die endgültige Gestaltung von Organisation und Leitung vorweggenommen werden will.

Di Zeit von 8 bis 10 Uhr vormittags am Montag, 25. August, ist anderweitig nicht belegt. Wir halten deshalb diese Vormittagsstunden für geeignet zu einer konstituierenden Versammlung einer „Vereinigung ehemaliger Würzburger“ und laden hierzu alle früheren Schüler der Israelitischen Lehrerbildungsanstalt Würzburg herzlichst ein.

Frisch auf zur Tat!

Mit kollegialem Brudergruß:

A. Mannheimer (Dettelbach).
Max Adler (München).
Wolf Berlinger (Freudenstadt).
Dr. Ernst Fränkl (Augsburg)
Leopold Kahn (Alsfeld).
Hugo Mandelbaum (Hamburg).
Isidor Marx (Frankfurt).
D. Rosenwald (Frankfurt).
Dr. I. Bamberger (Nürnberg).
Karl Eisemann (Berlin).
Emanuel Heimann (Plauen).
A. Kaufmann (Tauberbischofsheim).
David Mannheim (Osterode).
Nußbaum (Bocholt).
Arnold Stein (Berlin).

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Die Zionistische Ortsgruppe München veranstaltete am 16. Juli im Lessingsaal eine Herzl-Feier. Nach einem einleitenden Referat von Dr. Emrich über Theodor Herzl und die gegenwärtige zionistische Situation wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die zur Feier des Todestages von Theodor Herzl einberufene Versammlung bekundet erneut ihren Willen, für die Vollendung des von Theodor Herzl begonnenen Werkes mit aller Kraft einzutreten. Die Schaffung der jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina, zu deren Förderung sich die britische Regierung in internationalen Verträgen gegenüber der Welt und gegenüber dem jüdischen Volk verpflichtet hat, ist die durch die Weltsituation gebotene notwendige Antwort auf das jüdische Weltproblem.

Die Suspendierung der Einwanderung nach Palästina zu einer Zeit, in der das Land auch nach Ansicht der britischen Verwaltung wirtschaftlich auf Einwanderung wartete, ist ein schwerer Verstoß gegen Geist und Wortlaut des Mandates. Diese Einwanderungssperre widerspricht dem wesentlichsten Inhalt des Mandates. Ohne Einwanderung kann die jüdische nationale Heimstätte nicht geschaffen werden.

Wir werden im Vertrauen auf die moralischen Kräfte des jüdischen Volkes unerschüttert unser

Zionisten, setzt Euch in den nächsten Tagen noch ganz energisch für die Schekelaktion ein! Der Termin wurde bis Ende August verlängert!

Werk fortsetzen. In dieser Zeit, in der die zukünftige politische Entwicklung festgelegt wird, wenden wir uns in Übereinstimmung mit der Leitung der Zionistischen Organisation noch einmal an die Mandatarmacht. Wir protestieren gegen die fortgesetzte Verletzung der uns zugesicherten Rechte. Wir fordern unser Recht, das uns von allen Regierungen seit Bestehen des Mandates immer wieder feierlich bestätigt wurde. Wir verlangen, daß die Tore Palästinas unverzüglich wieder der jüdischen Einwanderung geöffnet werden."

Schekelaktion 5690. Die Schekelaktion wurde bis Ende August verlängert. Alle Schekelblockinhaber werden deshalb gebeten, sich in den nächsten Tagen ganz energisch für die Aktion einzusetzen. Sämtliche Zionisten und ihre Familienmitglieder, sowie alle dem Zionismus nahestehenden Personen müssen in dem Besitz eines Schekels sein.

Bar-Kochba, München. Bei den vorigen Sonntag begonnenen Wettkämpfen um die Vereinsmeisterschaft führen wir bis jetzt mit 3880 Punkten vor den übrigen C-Klassenvereinen. Da noch einige Übungen im Laufe dieser Woche nachzuholen sind, steht das Endergebnis noch nicht fest. — Anläßlich des Delegiertentages des Deutschen Makkabikreises finden dieses Jahr in Hamburg die deutschen Makkabimeisterschaften statt, wozu wir eine Jugendmannschaft entsenden. Da der Hamburger Bar-Kochba am Priwall bei Travemünde ein großes Jugendlager einrichtet, ist jedem Bar-Kochbaner Gelegenheit gegeben, seine Ferien bei ganz niedrigen Preisen (koschere Verpflegung und Übernachten pro Tag RM. 1.50) an der See zu verbringen. Anmeldungen sind spätestens Donnerstag, 31. Juli, an D. Masur zu richten. Das Sommerlager dauert vom 24. August bis 1. September.

Die Vorstandschaft

Bar-Kochba, Sportabteilung. Nachdem bereits wieder Ende August die Handball-Herbstverbandsspiele beginnen, fordern wir alle Handballer auf, jeden Dienstag und Donnerstag abends ½7 Uhr und Sonntag vormittags ab ½10 Uhr zum Training zu kommen. Insbesondere machen wir auf das Wochentagtraining aufmerksam, das bis 9 Uhr abends ausgedehnt wird.

Die Leitung

Gesamtausschuß der Ostjuden. Familie M. Schumer gratuliert Herrn und Frau Alster zur Geburt ihres Söhnchens und Familie Schneuer zum Enkel 1 RM.

Regensburg. Am 1. April hatte der Verein für jüdische Geschichte und Literatur Regensburg sein zweites Geschäftsjahr beschlossen, das einen Erfolg des Vereins nach jeder Richtung hin zeigte. Es fanden folgende Vorträge statt: Frau Dr. Weiner: Die Juden im deutschen Wirtschaftsleben; S. Ehrw. Herr Rabbiner Dr. Baerwald: Moses Mendelssohn; Herr Dr. Leo Deutschländer: Goethe und die Bibel; Herr Professor Dr. Unna: Shakespeares Shylok; Herr Theo Harburger: Synagogale Kunst in Bayern; S. Ehrw. Herr Rabbiner Dr. Salomon: Geschichte der Juden in Deutschland im ersten Jahrtausend. Die Vortragsabende, die zum Teil außerordentlich gut besucht waren, fanden lebhaften Anklang und hatten eine gute Kritik in den hiesigen Zeitungen. Es sei besonders erwähnt, wie groß das Interesse und die Beteiligung der nichtjüdischen Bevölkerung war.

Auch die Entwicklung der Lehrkurse machte erfreuliche Fortschritte. Es wurden abgehalten: Ein zweiwöchentlicher Geschichtskurs und ein wöchentlicher Jesajakursus von S. Ehrw. Herrn Bezirksrabbiner Dr. H. Levy. Der Jesajakursus hatte durchschnittlich eine Besuchsziffer von 25 bis 30 Hörern aufzuweisen. Mit der Sammlung einer Bücherei ist bereits begonnen worden. Die Generalversammlung brachte das rege Interesse der Gemeindemitglieder zum Ausdruck und die Freude darüber, daß das geistige Leben der Regensburger jüdischen Gemeinde durch die Gründung und Arbeit des Vereins eine wesentliche Bereicherung und Förderung erfahren habe. Allgemeine Anerkennung fand das hohe Niveau der Vorträge.

Würzburg. Protestversammlung gegen das Einwanderungsverbot in Palästina. Der Zionistische Arbeitskreis Würzburg versammelte seine Mitglieder und Freunde am Todestage Herzls (20. Tamus), um das Gedächtnis des Gründers der zionistischen Bewegung zu begehen. Mit dieser Veranstaltung verbunden war eine Kundgebung gegen das Einwanderungsverbot in Palästina, die an diesem Abend in sämtlichen zionistischen Ortsgruppen Deutschlands stattfindet. In seiner Ansprache zeichnete Herr Seminarlehrer Bamberger das Bild der politischen und moralischen Persönlichkeit Herzls und zeigte, wie gerade die Haltung Herzls gegenüber inneren und äußeren Rückschlägen vorbildlich für den Kampf sein könne, den das jüdische Volk zur Zeit um das Recht der freien Einwanderung in Palästina durchkämpfen muß. Herr Dr. Nürnberg brachte eine Protestresolution ein, die einstimmige Annahme fand und inzwischen dem zuständigen britischen Konsulat zur Weiterleitung zugesandt wurde. Mit dem Gesang der Hathikwa schloß die eindrucksvolle Versammlung.

Geschäftliches

Eine sorgende Mutter ist stets darauf bedacht, jene hygienischen Präparate zu führen, welche die Gesundheit ihrer Angehörigen erhalten und deren Wohlbefinden zu steigern vermögen. Vor allem aber sind es die Kleinsten, denen ihre stete Sorge gilt und sie sucht besonders dem schmerzhaften Wundsein derselben durch peinliche Sauberkeit und wirksame Hautpflege vorzubeugen. Mit bestem Erfolg verwendet sie für diesen Zweck **„Kaiser-Borax-Wund- und Kinder-Puder"**, das Erzeugnis der Firma **Heinrich Mack Nachf., Ulm a. d. D.**, deren sonstige Spezialitäten ebenfalls als erstklassig bekannt sind.

*

Diese Nummer enthält eine Anzeige des Schuhgeschäftes Engelbert Rid & Sohn, Fürstenstraße 7, das durch reellste Handwerksarbeit, besonders auch in Orthopädie, bestens bekannt ist. Bergstiefel nach eigenem Nähsystem.

Keren Kajemeth Lejisrael
Jüdischer Nationalfonds

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565
Fernsprecher München 297449, Nürnberg 21912

Zentrale für Deutschland, Berlin W 15
Meinekestraße 10

Münchener Spendenausweis
vom 15. bis 22. Juli 1930

Spendenbuch: Herr u. Frau Th. Feuchtwanger anl. der Geburt ihres Sohnes 25.—.

V. J. St. - Jordania - Garten: Der A.-H.-Bund der V.J.St. Jordania grat. seinem lieben Con.-Phil. Ben. Nußbaum u. Gattin herzl. zur Geburt ihres Sohnes 1 B. 6.—. Die Activitas der V.J. St. Jordania grat. ihrem lb. a. H. Ben. Nußbaum und seiner Gattin z. Geburt des Sohnes 1 B. 6. = 12.—.

Büchsen: Anläßlich der Herzl-Feier 5.—.

Geleert durch Herrn Kurt Winter: Frau R. Held 4.60, Justin Lichtenauer 3.50, Nath. Kurzmantel 3.—, H. Höchstädter 3.—, L. u. E. Kronheimer 2.—, J. Lindauer 2.—, E. Bund 1.14, Mich. Fett 1.45, M. Bohrer 1.68, Max Hesky 1.57, Tob. Sufrin 1.10, H. Hofheimer —.85, Sig. Goldscheider 1.10 = 26.99.

Geleert durch Herrn Martin Pinner: A. Gidalewitsch 2.—, A. Békés 1.50, M. Berger 1.22, N. Gittler 2.—, Hirsch-Weikersheimer 1.50, Dr. J. Spanier 3.—, Karl Löwy 1.78, B. Naß —.55, Frau R. Kalter 1.—, L. Bernstein —.50 = 15.05.

Zusammen: 84.04.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1929: 6960.77 RM.

Benützt bei allen Anlässen die Telegramm-Ablösungsformulare des Jüdischen Nationalfonds. Preis 50 Rpf. Erhältlich im Büro des J.N.F., Herzog-Rudolf-Straße 1.

Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche Spenden im „Jüdischen Echo" ausgewiesen werden können, die spätestens Dienstag jeder Woche aufgegeben und einbezahlt wurden im

Büro des Jüdischen Nationalfonds,
Herzog-Rudolf-Straße 1.

Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 18. Juli 1930

Spendenbuch: Herr Georg Spiro anl. seiner Verlobung mit Frl. Anne Rosenfeld 100.—, Fa. Erle & Nestler anl. der Eröffnung ihrer neuen Verkaufsräume 20.—, Herr und Frau Dir. Bier anl. der Vermählung ihrer Kinder 20.—, Frl. Thekla Tannenwald anl. ihr. Verlobung 10.—, Fam. Schlesinger (Fürth) anl. Barmizwah ihr. Sohnes 3.—.

Allgemeine Spenden: Herr u. Frau Moses Wilpred anl. Geburt ihrer Tochter 2.—.

Goldene Buch-Eintragung Balfour: Die Ostjüdische Sektion der Zionistischen Ortsgruppe Nürnberg-Fürth gratuliert Herrn und Frau Schalom Schapira zur Vermählung. Es spenden: Chaim Katz 2.—, Dr. A. Rand, J. Landmann, Fam. Charlupski, Fam. Radoschitski, Moses Wilpred je 1.50, Wolinsky, David Altmann, Frau Silber, Paul Krischer, Leo Berliner u. Frau je 1.—, Fam. Rapaport 2.—, zusammen 16.50, Walter Löwenthal gratuliert seiner Mutter zum Geburtstag 3.—.

Wertzeichen: Leo Wißmann 2 Telegramme 1.—, Josef Fischer (Fürth) 2 Telegramme 1.—, Prof. Rosenfeld 2 Telegramme 1.—.

Büchsen: Adolf Steinhardt 14.—, W. Schmidt 6.70, E. Silberthau 5.90, S. Bergmann 3.30, Komm.-Rat Manes 3.25, D. Levite 4.—, Alfred Reis 2.25, Krakenberger 2.20, L. Bieringer 2.—, Arch. Mayer 1.—, Dr. Rosenthal —.90 = 45.50.

Zusammen: 223.—.

Seit 1. Oktober 1929 aufgebracht: 6360.35 RM.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München